

Integrationskonzept Frankfurt
Von Dr. Necla Kelek
FAZ Fassung
Abgabe durch Frau Dr. Kelek, 2011

Als ich vor etwa einem Monat in Frankfurt unter anderen mit der Integrationsbeauftragten Nargess Eskandari-Grünberg diskutierte, bestand sie darauf, dass Integration in Frankfurt gelungen sei, ja dass es in Berlin, Bremen oder Duisburg Probleme mit Migranten geben könne, aber dass die Weisheit der grünen Politik in Frankfurt die Stadt vor diesen Problemen bewahrt habe. Glückliches Frankfurt.

Das Thema Integration bewegt das Land nicht erst, seit das Buch von Thilo Sarrazin die Ursachen und Fakten auf pointierte Weise zum Thema gemacht hat – aber von da an mit einem besonderen Akzent –, sondern schon weit länger. Die soziale Realität von Importbräuten, Schulverweigerung, schlechten Bildungsergebnissen, hohen Kriminalitätsraten, Ghettoisierung, Parallelgesellschaften, Zuwanderung in die Sozialsysteme haben die Menschen und die Politik seit Jahren alarmiert, und ein nationaler Integrationsplan mobilisiert seit 2006 über 750 Millionen Euro jährlich, um die Probleme in den Griff zu bekommen.

Die Bundesrepublik hat in den vergangenen Jahrzehnten eine große und erfolgreiche Geschichte der Integration hinter sich. Nehmen wir nur die Polen, die Anfang des 20. Jahrhunderts ins Ruhrgebiet kamen, die Vertriebenen, die in den fünfziger Jahren im Westen eine neue Heimat fanden, die Gastarbeiter aus Südeuropa oder Asien, die seit den sechziger Jahren hier arbeiteten, dann zurückgingen oder hier blieben und sesshaft wurden. Dies ist eine Erfolgsgeschichte, zu der auch eine große Zahl von Migranten aus der Türkei oder dem Orient oder Afrika zählt.

Aber genauso richtig ist: die Integration ist bei bestimmten Bevölkerungsgruppen gescheitert, und dies belastet und verändert das Gemeinwesen in besonderer Weise. Und um dieses Scheitern zu überwinden, müssen wir die Gründe dafür analysieren, die Probleme und Betroffenen benennen, und Maßnahmen entwickeln.

Nichts leichter als das, könnte man meinen und eine Problemliste aufstellen. Man hätte die Bürger fragen können. Aber weit gefehlt. Bereits bei der Darstellung und dann der Beurteilung der sozialen Wirklichkeit gibt es ganz unterschiedliche Methoden. Eine ganz besondere Vorgehensweise mit dieser Frage umzugehen hat die Stadt Frankfurt unter Leitung des Amts für multikulturelle Angelegenheiten entwickelt.

Ich möchte Ihnen die Vorgehensweise und unterschiedlichen Lösungsansätze am Beispiel des Integrations- und Diversitätskonzept „Vielfalt bewegt Frankfurt“, das die Stadtverordnetenversammlung der Frankfurt im September 2010 mit großer Mehrheit beschlossen hat, erläutern.

Zunächst sollten wir uns über die Begriffe verständigen. Was ist Integration? Ich möchte jetzt keine Debatte über soziologische Grundbegriffe führen, sondern mich hilfsweise auf die Formulierung des Aufenthaltsgesetzes berufen, die knapp das Ziel Integration, wie es die Bundesregierung verwendet, umreißt. Dort heißt es in Paragraph 43: „Ziel des Integrationskurses ist, den Ausländern die Sprache, die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte in Deutschland erfolgreich zu vermitteln. Ausländer sollen dadurch mit den Lebensverhältnissen im Bundesgebiet so weit vertraut werden, dass sie ohne die Hilfe oder Vermittlung Dritter in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens selbständig handeln können.“

Integriert ist derjenige, der die Gesetze kennt und danach handelt, der sich in deutscher Sprache verständigen kann, der weiß, in was für einem Land er lebt und welche Gepflogenheiten gelten. Er muss dafür nicht die Staatsbürgerschaft haben.

Es geht also in Sachen Integration um den Prozess der Vermittlung und Aneignung nicht nur von Sprache, Rechten und Pflichten (der Rechtsordnung), sondern auch der Sprache, Kultur

und Geschichte, also um die Vermittlung und Aneignung von Werten der Gesellschaft. Dies scheint mir wichtig, wird doch auch davon ausgegangen, das alles, was über die Einhaltung von Gesetzen hinausgehe, unzumutbar sei und eine Einschränkung von Freiheitsrechten bedeute.

Ja, die historische und ethische Dimension, die Kultur, der Zivilisationsgrad einer Gesellschaft drücken sich in der Rechtsordnung aus, beschränken sich aber nicht auf sie. Montesquieu sprach auch vom „Geist der Gesetze“, den es zu respektieren gelte. Den Gesetzen liegen in besonderem Maße Erfahrungen aus der Geschichte und ethische Grundsätze zugrunde, die den Charakter, nennen wir es den *common sense*, oder das „ungefragt Gegebene“, einer Gesellschaft ausmachen. Die Grundrechte gehören in Deutschland ebenso dazu wie der kategorische Imperativ Kants oder die christlichen Grundsätze der Nächstenliebe und des Vergebens. Freiheitsrechte, der Schutz des Individuums, Meinungsfreiheit, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit, die Sorge um körperliche Unversehrtheit, das Gesundheitswesen, die soziale Sicherheit, kostenlose Bildung sind – bei aller Verbesserungswürdigkeit, zum Beispiel der Pünktlichkeit der Bahn – Leistungen, auf die sich diese Gesellschaft verständigt hat und die sie auch den Zugewanderten zugänglich macht. Dass dies unsere Gesellschaft leistet, ist nicht selbstverständlich. Denn dies ist nicht kostenlos, sondern eine Gemeinschaftsanstrengung und macht unter anderem auch die „Kultur“ unseres Landes aus. Der soziale Staat ist die rechtliche Verfasstheit des christlichen Prinzips der Nächstenliebe oder der humanistischen Solidarität.

Für die übergroße Mehrheit der Zugewanderten ist diese Kulturleistung eine einmalige Chance und bietet ihnen Rechte und Möglichkeiten, die sie in den Herkunftsländern niemals hätten. Diese Rechte und Sicherheiten sind die Gründe, aus denen so viele nach Deutschland kommen. So gelten die Menschenrechte in muslimischen Ländern nur für Muslime, können Nichtmuslime selbst in der säkularen Türkei zum Beispiel bestimmte Berufe nicht ausüben. Ich glaube, dass wir auf unseren demokratischen Rechtsstaat als Wertegemeinschaft stolz sein dürfen und die Verantwortung haben, diese Freiheiten und Erfolge zu bewahren. Auch die Migranten haben als Teil dieser Gemeinschaft die Pflicht und die Chance zu lernen, ein Bürger und eine Bürgerin mit Verantwortung zu sein.

Die Stadt Frankfurt hat über ein Jahr lang über Integration diskutiert. Das scheint besonders angesagt, gehört die Stadt doch zu den Gemeinden in Deutschland, die einen besonders hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund hat. Von den mehr als 670 000 Einwohnern haben mehr als ein Drittel, etwa 200 000 einen Migrationshintergrund. Bei den 14- bis 18jährigen bereits jeder zweite>. Es wurden zudem mehr als 74 000 Muslime gezählt, von denen mehr als die Hälfte ursprünglich aus der Türkei kommt.

Zwei Drittel der Zugewanderten haben eine ausländische Staatsangehörigkeit, sind also an den politischen Willensbildungsprozessen nicht direkt beteiligt. In einigen Stadtteilen Frankfurt ist absehbar, dass die autochthone deutsche Bevölkerung zukünftig in der Minderheit sein wird. Dies war wohl Ausgangspunkt für die vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten initiierte Diskussion um ein „Integrations-“ und, wie später ergänzt wurde, „Diversitätskonzept“.

Es wurde zunächst ein von verschiedenen wissenschaftlichen Fakultäten und Fachkräften erstellte umfangreiche Daten- und Erkenntnisammlung als Entwurf in Bürgerversammlungen, Einzelerörterungen, durch eine Diskussion im Internet und Anhörungen vorgestellt, erörtert und dann in ein Konzept mit Zielen und Maßnahmen gefasst und am 30. September 2010 in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Soweit ist dieser Ablauf so, wie man sich einen demokratischen Willensbildungsprozess unter Einbeziehung von Bürgern und direkt Betroffenen vorstellt.

Betrachten wir das Ergebnis. Bei der Lektüre des zweiundsechzigseitigen Konzepts hat man zunächst den Eindruck, eine auch sprachlich in sich geschlossene Argumentation zu lesen. Von der vorher so gelobten Bürgerbeteiligung konnte ich nichts finden. Hier haben nicht die

Bürgerinnen und Bürger einer Stadt ihre Sorgen und Vorschläge zusammengetragen, sondern ein akademischer Überbau und eine Verwaltung haben ihre politischen Vorstellungen und Lektüreergebnisse zu Papier gebracht.

Die Verfasser formulieren kein Integrationskonzept, sondern ein Programm, das den Migranten ein Leben in Frankfurt nach ihren eigenen Vorstellungen ermöglichen soll. Sie formulieren Erwartungen an die deutsche Gesellschaft; Erwartungen an die Migranten, ein Teil Deutschlands zu werden, gibt es nicht. Die Gesellschaft, der Staat soll Angebote machen, die die Migranten nach Gusto annehmen können oder nicht. In diesem Konzept ist Integration eine Bringschuld, und dabei wird weder eine nationale Identität noch die Teilhabe an Sprache und Kultur gefordert. Dieses Konzept atmet das Ideal des Internationalismus, das alle Völker und Nationen globalisiert; Frankfurt als Global City.

Sehen wir uns das Konzept genauer an: Zwischen Entwurf und Endfassung ist der Unterschied etwa so wie zwischen ungehobelten Brettern und einer polierten Kommode. Aber schon die Konstruktionszeichnung dieser Kommode, die theoretische Grundlage des Konzepts, scheint mir äußerst fragwürdig. Zwei Grundthesen liegen der Argumentation zu Grunde. Die eine ist die Schilderung der Realität als „Supervielfalt“ oder „Diversität“, die andere die „Modernitätsdifferenz“. Diversität oder „Supervielfalt“, dieser Begriff folgt der theoretischen Grundannahme von der „Kultur als Differenz“.

Während gemeinhin Kultur als Orientierungssystem von Bedeutungen, auch symbolischer Art begriffen wird, mit dessen Hilfe Menschen ihr Wissen vom Leben und der Einstellung zum Leben mitteilen, erhalten und weiterentwickeln (Clifford Geertz) und gleichzeitig ein Auseinandersetzungsfeld gesellschaftlicher Prozesse darstellt, während der klassische Kulturbegriff also von Gemeinsamkeiten, geteilten Normen und Werten, also von einer Wertegemeinschaft einer „Kultur des Konsens“ ausgeht, geht der hier gemeinte und im Wesentlichen von Werner Schifffauer begründete Kulturbegriff von Differenzen, also dem gleichberechtigten Nebeneinander verschiedener Kulturen und damit Identitäten, Welt- und Menschenbildern aus.

Es kann danach keine Leitkultur geben, sondern nur die „Vielfalt“ verschiedener Kulturen, Identitäten, Weltbilder, die gleichberechtigt nebeneinander existieren. Und in dem Frankfurter Konzept wird diese Gleichwertigkeit noch weitergedacht. Kulturelle Identitäten sollen als Merkmal gar nicht mehr vorkommen, sie sollen sich vielmehr im Prozess der Modernisierung und Urbanisierung in der Global City auflösen. Weil man keine „sogenannte westliche Wertegemeinschaft“ (Seite 20) will, wird alles in einen kulturell relativierenden Nebel aufgelöst und die Zukunft als Supervielfalt projiziert.

Der Staat selbst ist, denkt man in diesem Modell nur das Gefäß, die Salatschüssel und nicht der *melting pot*, der Schmelztiegel. Das mutet zunächst harmlos an, hat aber fatale Folgen, wenn man sich die jeweiligen Kulturen genauer ansieht und sich klar macht, was damit gemeint ist. Es geht hier eben nicht darum, ob jemand Ebbelwoi mag oder Hasen für heilig hält. Es geht auch nicht um religiöse Überzeugungen, sondern um das jeweilige Welt- und Menschenbild, das diese gleichwertigen Kulturen ausmacht.

Wenn Migranten aus Afrika, Asien oder dem Orient eine Kultur, Freiheit oder Menschenrechte anders definieren, zum Beispiel Frauen diskriminieren, individuelle Freiheit als Verrat gegenüber der Familie sehen, wenn nicht das Individuum und seine Würde als Maßstab gilt, sondern die Gemeinschaft zu dessen Wohl der Einzelne als Sozialwesen beizutragen hat, dann wird klar, dass dies an Grenzen gesellschaftlicher Akzeptanz stoßen kann. Kulturen, Traditionen und Sitten, Patriarchat und Stammeskultur sind keine Folklore, sondern bestimmen entscheidend das Verhalten über Generationen hinweg. Auch in Deutschland.

Nehmen wir nur als kleines Beispiel den Begriff „Respekt“, der in dem Konzept mehrfach verwendet wird. Wenn es denn mehrere gleichberechtigte Kulturen gibt, gibt es dann auch mehrere gültige Definitionen? Der amerikanische Soziologe Richard Sennett beschreibt für die westliche Kultur den Begriff „Respekt“ als soziales Instrument gegenseitiger Rücksicht-

nahme, das sich im Verhalten, in Ritualen und nicht zuletzt in Gesetzen manifestiert, und als Achtung der Bedürfnisse von Menschen, die einem nicht gleichgestellt sind. Jürgen Habermas beschreibt Respekt als Achtung abweichender Meinungen, die anderen Interessen entspringen.

In der muslimisch-orientalischen Kultur – in Frankfurt sind mehr als 70 000 Bewohner mehr oder weniger in diesem Wertekontext sozialisiert worden – hat der Begriff Respekt eine andere Bedeutung. Man hat der gottgegebenen Ordnung Respekt zu erweisen. Respekt hat man dem Älteren, dem Stärkeren, der Religion, der Türkei, Vater, Onkel zu erweisen. „Respekt“ bedeutet in dieser Kultur nicht anderes als Unterwerfung, wie auch das Wort Islam im Wortsinne Unterwerfung oder Hingabe bedeutet. Der ältere Bruder beruft sich auf Gott, wenn er der Schwester Vorschriften macht, die Mutter auf diese Ordnung, wenn sie die Tochter verheiratet. Wo ist also die Grenze, an der aus dieser Supervielfalt die Einschränkung von Grundrechten, die Supereinfalt des Relativismus wird?

Ich bezeichne diese Unterschiede in der Bedeutung als „Kulturdivergenz“, die aus den unterschiedlichen Welt- und Menschenbildern herrührt und zur Identität der Mitglieder dieser Communities beiträgt. Wir können über Respekt sprechen, aber auch über Ehre oder Freiheit. Jedesmal werden wir einen unterschiedlichen Kontext feststellen, aus dem sich unterschiedliches Verhalten ergibt. Wer diese Differenz ignoriert, sie pauschal als gleichwertig definiert, vergibt die Möglichkeit, darüber ins Gespräch zu kommen und die Chance der Reflexion.

Eine zweite theoretische Grundlage des Konzept ist die „Modernitätsdivergenz-Hypothese“, die verkürzt gesagt davon ausgeht, dass eine Akkulturation der Migranten unvermeidlich und zwangsläufig ist. Im Konzept heißt das so: Die urbane Differenzierung der Milieus kann „für den Alltag der Menschen und ihre tatsächliche Orientierung relevanter sein als eine ehemalige Herkunft ihrer Familie“ (Seite 3).

Will sagen, wer lange genug in Frankfurt wohnt, wird schon irgendwann seine patriarchalischen Vorstellungen über die Erziehung seiner Tochter überwinden. Wir müssen aber noch in der vierten Generation von Migranten feststellen, dass Zwangsehen, arrangierte Ehen, Gewalt durch den Bruder, Kontrolle über das Leben und Verhalten der Frauen durch die Männer immer noch Alltag sind.

Dass diese Annahme der sich automatisch vollziehenden Modernisierung einer der fatalen Fehlleistungen der Migrationsforschung und -praxis der letzten Jahre gewesen ist, scheint an den Verfassern vorübergegangen zu sein. Gerade in muslimischen Milieus auch der dritten und vierten Generation wurden durch Heiratsimport, Familienzusammenführung in großem Stil, zunehmende religiöse Missionierung und kulturelle Selbstausgrenzung die dörflichen Milieus und patriarchalischen Strukturen konserviert; sie reproduzieren sich ständig.

Die türkische oder arabische Kleinfamilie, die nicht im Großfamilienzusammenhang lebt, die Tochter, die unverheiratet zum Studieren in eine andere Stadt gehen darf, sind immer noch die Ausnahme. Die Parallel- oder Gegengesellschaften um die Moscheevereine und in den mehrheitlich von Migranten bewohnten Kiezen haben zu eigenen Strukturen und Verhältnissen geführt. Die Integrationsbeauftragte der Stadt bestreitet dies allerdings, wie so viele Probleme, die Migranten in der Bundesrepublik nachgewiesenermaßen haben, in Frankfurt keine Rolle zu spielen scheinen.

Beide theoretischen Annahmen zusammen bilden das Amalgam des Kulturrelativismus. Da soll der anatolische Patriarch respektiert werden, der selbstverständlich seinen Sohn mit der Cousine aus Mardin verheiraten kann, die wiederum ihre Kinder in Frankfurt nach kurdischer Art erzieht. Trotzdem ist sie *per se* integriert, zumindest in ihren Clan. Und, so die Theorie, die Verlockungen der Zeil sind mit der Zeit so groß, dass sich die junge Mutter emanzipiert und ihre Sorgen im Bürgerverein bespricht. Dass die Meistererzählung der Integration in den letzten vierzig Jahren einer anderen Dramaturgie gefolgt ist, wird nicht wahrgenommen.

Und deshalb kommt in dem ganzen Konzept auch die soziale Realität nicht vor. Zwar wird von zu lösenden Problemen gesprochen, aber das ist eine rein rhetorische Figur. Die Wahrheit

ist konkret, auch in Frankfurt, aber in diesem Konzept finden Fakten keinen Niederschlag. Probleme mit „Traditionen“ oder „Defizite“ gibt es, aber das bleibt so allgemein, dass daraus nichts folgen kann und offenbar auch nicht soll.

Das Konzept versucht positiv zu erscheinen und steht unter dem unausgesprochenen Motto „gemeinsam verstehen und helfen“. Zitat: „Dieses Konzept nimmt Probleme ernst, aber es vollzieht eine Abkehr davon, die Situation von Migrantinnen und Migranten oder sozial Schwächeren in erster Linie nach ihren angeblich kollektiven Eigenschaften, ins besondere nach ihren Defiziten (...) zu beurteilen.“ (Seite 2f). <NO1>Vielmehr wird, wenn man die Ziele durchsieht, die Menschen als „gleichwertig“, (Ziel 1) „unterschiedlich“ (Ziel 2) wahrgenommen, ihnen soll „mit Respekt“ begegnet (Ziel 3), sie sollen „einbezogen“ werden (Ziel 4), und alles soll „vor Ort“ (Ziel 5) stattfinden. Man will die Verwaltung entsprechend anpassen (Ziel 6) und keine Unterschiede machen, d.h. keine Identitäten erfassen (Ziel 7).

Es fehlt nur noch, dass die „kultursensible Sprache“, die im Konzept gepflegt wird, für alle Pflicht wird.

Die Aufgabe des Staates wird so definiert, dass der Staat zu leisten hat und der Migrant das Recht hat, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Verwaltung hat „die Pflege unterschiedlicher Kulturen und Religiosität (...) als Ausdruck selbstbestimmter Lebensführung anzusehen und anzuerkennen“ und im übrigen „Neutralität“ zu wahren. Der Staat als Dienstleister und Zahlmeister.

Diese Neutralität des Staates „gewährt keine Mitsprache in Bestimmung von Glaubensfragen“ (S. 18), und ausdrücklich wird herausgestellt: „Bis zur Religionsmündigkeit mit Vollendung des 12. bzw. 14 Lebensjahres entscheiden die Eltern über die religiöse Erziehung.“ Soweit richtig, weil Grundrecht. Implizit wird hier über das Verhältnis von Islam und Schule, von Beteiligung am Unterricht und dem Kopftuch bei Kindern, gesprochen und die Position der konservativen Islamverbände eingenommen, die dies unter Religionsfreiheit subsumieren.

Mit gleicher Berechtigung kann man mit dem Recht auf Bildung, der Würde, der Gleichberechtigung, d.h. auch mit Grundgesetzartikeln argumentieren und eine Neutralität in der Schule fordern. Wenn Kinder schon in der Grundschule von ihren Eltern oder Imamen in der Koranschule genötigt werden, die Haare mit einem Kopftuch zu bedecken, dann ist das eine Sexualisierung von Kindern. Kinder haben ein „Recht auf Kindheit“ und darauf, Freiheit zu lernen.

Dazu gehört auch die freie Bewegung und nicht die Stigmatisierung als Sexualwesen, wie es das islamische Kopftuch suggeriert. Dieses Thema wird europaweit kontrovers diskutiert. Wenn dies von einer grünen Dezernentin, die selbst die Zwänge einer islamischen Gesellschaft kennt, nicht problematisiert wird, und man sich auf die „Neutralität“ des deutschen Staates zurückzieht, ist dies Politik und nützt den Tendenzen der Frauen-Apartheid, die wir in islamischen Communities feststellen müssen. Auch dort sind Familienangelegenheiten Privatsache, in Deutschland aber gibt es die Aufgabe des Staates, besonders die Schwachen zu schützen.

Auch in der Frage der Imame bleibt das Konzept selbst weit hinter den Diskussionen um eine Integration der Muslime zurück, wie sie z.B. auf der Islamkonferenz und vom Deutschen Wissenschaftsrat geführt wird. Anstatt – Frankfurt bietet durch einen Lehrstuhl für islamische Theologie gute Voraussetzungen – darauf zu drängen, Imame nach den Maßstäben universitärer Standard im eigenen Land auszubilden und damit z.B. den Einfluss arabischer und türkischer Institute und Regierungen zurückzudrängen, beschließt man: „Spirituelle Begleiter ihrer Gemeinden, die aus anderen Ländern kommen, sind in geeigneter Weise bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Mittlerrolle zu unterstützen und die Öffentlichkeit über ihre Funktion genauer zu unterrichten.“ (S. 18) Wir wissen nicht, was in den 28 Moscheen und Koranschulen gepredigt und welche Weltbild dort verbreitet wird. Dass soll uns offenbar auch nichts angehen – aber dass sie dort predigen, sollen wir fördern.

Auch in Frankfurt gab es Streit um den Moscheebau. Auch in Frankfurt gibt es die Scharia, die in Moscheen gepredigt wird und aus der Türkei gesteuerte Ditip-Moscheen. Hier wird ausdrücklich keine Position bezogen.

Es gibt noch eine Menge Anmerkungen im Einzelnen zu machen, auch könnte man über die konkreten Auslassungen sprechen, die dieses Konzept wohl bewusst macht. Oder über das Konzept der Sprachvermittlung sprechen, das alles auch nicht besser macht. Letztlich würde dies die Gesamtbeurteilung nicht verändern.

Ich befürchte, wenn dieses Konzept in Frankfurt langfristig Politik wird, wird die Gemeinde Schaden nehmen. Diese von vielen Köchen angerührte „grüne Soße“ wird der Stadt nicht bekommen. Es wird eine Laissez-faire-Politik Einzug halten, die die sozialen Verwerfungen in der Stadt nicht in den Griff bekommen wird.

Das Konzept „Vielfalt bewegt Frankfurt“ beinhaltet mehrere Konstruktionsfehler. Zum einen liegt der ganzen Angelegenheit keine komplexe Analyse des Ist-Zustands zugrunde. Die Bürgerbefragung hat mehr oder weniger Befindlichkeiten und Meinungen gesammelt. Fakten, Zahlen, qualitative Untersuchungen zu Problemen fehlen.

Das führt dazu, dass zwar von Problemen gesprochen wird, aber da nichts konkretisiert wird und keine Fakten vorliegen, können auch keine sinnvollen Maßnahmen eingeleitet werden. Und so erscheint dieses Papier, dass sich spätestens ab Seite 28 wie der Leitantrag für eine Verwaltungsreform liest, als wolle das Amt für multikulturelle Angelegenheiten als „Kontrollbehörde“ die Richtlinien der Frankfurter Politik bestimmen.

Wer Vielfalt als Tatsache setzt und daraus keine Gemeinschaft anstrebt, deutet schlicht das Staatsziel um. Ich meine, dass eine sinnvolle und tragfähige Integrationspolitik eine andere Basis und andere Ziele braucht. Der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung ist da – bei allen Mängeln – einen großen Schritt weiter, viel konkreter.

Sehr wichtig wäre gewesen, die besondere Lage der muslimischen Frauen, Kinder und Männer zu erfassen, z.B. die gegenüber anderen Gruppen auffällig hohe Selbstmordrate bei jungen Frauen zu untersuchen, wie es die Berliner Charité festgestellt hat, oder Männergewalt in den Familien. Oder die Ursachen für die hohe Kriminalitätsrate bei jungen Männern. Aber solche Fakten sind unangenehm und wurden schon im Entwurf zum Beispiel von Professor Micha Brumlik wegdefiniert.

Haben Frankfurter Migranten, wie die Integrationsbeauftragte behauptet, einen besseren Weg in die Gesellschaft gefunden? Gibt es mehr Abiturienten, mehr Berufsabschlüsse, mehr binationale Partnerschaften als in München oder Kassel? Wo sind die Belege für diese Behauptung?

Ich plädiere dafür, auf die Chance der Freiheit und die Verantwortung des Einzelnen zu setzen. Unsere Gesellschaft macht allen – auch den Migranten – ein gutes Angebot. Es ist an den Bürgern, diese Chancen zu ergreifen und etwas für diese Gesellschaft zu tun. Migranten sind keine Mündel, wir müssen sie fordern. Sie sind auch keine Kinder, die vor Überforderung geschützt werden müssen.

Wir müssen die Migranten fordern und fördern. Wir müssen erreichen, dass die Migranten in Bereichen arbeiten und lernen, in denen sie in den ständigen Kontakt mit der deutschen Bevölkerung kommen. Es gibt keine Wehrpflicht mehr und deshalb auch bald keinen Zivildienst mehr. Warum schaffen wir nicht für alle jungen Männer und Frauen, Deutsche wie Migranten die Möglichkeit für ein soziales Jahr? Die Arbeit in sozialen Einrichtungen, nicht nur unter sich, sondern mit und für Andere in Altenheimen, Sozialstationen, Krankenhäusern, Behindertenwerkstätten schafft Verständnis füreinander, schafft soziale Kompetenz und Vertrauen.

Wir müssen das Miteinander wollen und nicht das Nebeneinander festschreiben. Und wir müssen uns darüber klar werden, dass wir etwas Wertvolles zu verteidigen haben, ein funktionierendes Gemeinwesen, einen Sozialstaat, Rechtssicherheit und den Schutz der persönlichen Freiheit.